



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

B/X/166 - 22.7.1955

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Die fünf Tage von Genf	S. 1
Die österreichischen Sozialisten und das deutsche Eigentum	S. 3
Diskussion um Autobahn-Kaststätten	S. 4
Uniformschau mit politischen Hintergrund	S. 6
Anhang: Kommuniqué des Parteivorstandes	

Versuch einer ersten Wertung

P.R., Genf

Statt der ursprünglich vorgesehenen sechs Tage hatte man nur fünf Tage benötigt, um über eine Stoff-Fülle zu beraten, die eigentlich Wochen hätte in Anspruch nehmen müssen. Die Wochenendausgaben der Zeitungen werden das Abschlusskommuniqué, das die Großen Vier und ihre ersten Berater, die Außenminister, sicher noch manchen Tropfen Schweiß kosten wird, nicht eher erhalten. Trotzdem ist es nicht allein vermessend, schon jetzt, etwas summarisch-freilich und mit dem Vorbehalt gewisser Korrekturen in den Einzelheiten, die Grundlinien des voraussichtlichen Ergebnisses aufzuzeigen.

Dabei wird man sich zunächst einmal an die offizielle Tagesordnung halten müssen, die überraschend schnell am Beginn der Beratungen aufgestellt wurde

- 1) Deutsche Wiedervereinigung,
- 2) militärische Sicherheit,
- 3) Abrüstung,
- 4) Ost - West - Kontakte.

Der Kampf um die Reihenfolge und die spätere Teilung bzw. ihre unlöslichen Zusammenhänge, speziell zwischen Punkt 1 und 2, der zu einer zentralen Angelegenheit im Verlauf der Konferenz wurde, hat von Anfang an etwas Unwirkliches gehabt, denn im Grunde ihres Herzens oder ihrer Überlegungen werden sich alle Beteiligten darüber in kle-

ren sein, dass es unmöglich ist, diese Fragen streng isoliert voneinander anzugehen, wenn man sie wirklich lösen will. Für die Deutschen steht natürlich die Frage ihres Schicksals im Vordergrund. Man hat von vornherein gewußt, dass Genf nicht die Wiedervereinigung bringen werde, nicht einmal die festumrissene Vorstellung des Weges zu diesem heiß ersehnten Ziel. Das stand fest. Aber es ist doch jetzt mit großer Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass eine neue ständige Stätte der Begegnung zwischen den vier Mächten, ein besonderes Gremium für die Behandlung eben der deutschen Frage und der europäischen Sicherheit, geschaffen wird, in der Form einer alliierten Kommission, die sich laufend mit der Fortentwicklung dieser Frage zu befassen hat. Als frühesten Termin, zu dem sie zusammentreten könnte, wird in Konferenzkreisen der Herbst dieses Jahres genannt.

Natürlich wird es auch für die Zukunft sehr wichtig sein, wie man die Akzente zwischen Wiedervereinigung ^{und} Sicherheit verteilen wird. Die Sowjets haben klar zu erkennen gegeben, dass sie zunächst an einer Wiedervereinigung nicht interessiert sind, da sie vorher alle anderen Dinge verhandelt wissen wollen. Für den Westen andererseits ist die deutsche Einheit nur wünschenswert, wenn sie sich ganz nach westlichen Vorstellungen vollzieht, d.h. also, im Rahmen der Pariser Verträge, was wiederum die Sowjets ablehnen.

So hat man zwar, vor allem im Hinblick auf das starke Engagement, welches man bei der Vorberatung der Viermächtekonferenz speziell im Westen für eine baldige deutsche Wiedervereinigung eingegangen ist, einen Ausweg gesucht und soweit man heute sehen kann, auch gefunden, der die auseinandergehende Formel überbrückt. Aber es bleibt die Gefahr, dass jener Auftrag zur weiteren Behandlung dieses Fragen"paketes" zwar erteilt wird, aber nicht mit den Erfolgsaussichten bearbeitet werden kann, die nur bei einem tatsächlichen ernstem Willen der Regierungschefs selbst, Deutschland zu einer, vorhanden wären.

Die Vorschläge, die von den verschiedenen Seiten dazu unterbreitet worden sind, stellen alles andere als ein System dar. Sie verhalten sich zunächst recht beziehungslos, ja gegensätzlich zueinander und sind im Augenblick bestenfalls spärliche Ansatzpunkte für eine zuvorsichtige

beurteilung der Zukunft. Der Eindruck ist ziemlich allgemein, dass die deutsche Frage, obwohl noch eben hindübergerettet in das neue bessere Klima eines allseitigen "goodwill", doch gewiss nicht im Vordergrund der Anstrengungen der nächsten Zeit, ja vielleicht der nächsten Jahre, stehen wird. Es wäre töricht, zu überschauen, dass darin ein gewisser Erfolg Moskaus liegt und man darf auch die wesentliche Ursache dafür nicht vergessen: die Pariser Verträge als unabdingbarer Bestandteil jeder westlichen Deutschlandpolitik.

In der Abrüstungsfrage ist sicher dadurch ein Erfolg erzielt worden, dass beide Seiten sich zum Grundsatz einer weitgehenden gegenseitigen Kontrolle der Rüstungen durchgerungen haben. Bulganin ging über die sowjetischen Vorschläge vom 10.5. hinaus. Die Delegierten in den betreffenden Ausschüssen der Vereinten Nationen sollen nach offiziellem Auftrag aller Vier die Fragen der Kontrolle und der laufenden Berichterstattung über militärische Entwicklungen und Vorgänge behandeln. In diesem Zusammenhang ist interessant der Vorschlag Edens, eine demilitarisierte Zone auf beiden Seiten des Eisernen Vorhanges zu schaffen, die durch die militärischen Behörden der beteiligten Mächte zu kontrollieren wären. Grosses Aufsehen erregte am Donnerstag der Abrüstungsvorschlag Eisenhowers mit einem sehr konkreten und umfassenden internationalen Kontrollsystem - vorgetragen mit besonders eindringlichem, fast beschwörendem Ernst. Die praktische Realisierbarkeit dieses Projektes ist leider ein ganz anderer Fall.

Hier konnten in diesem Augenblick nur einige allgemeine Gesichtspunkte einer ersten Wertung angeführt werden. Auch bei Anlegung eines verschiedenen Maßstabes kann man gewiss nicht restlos zufrieden sein. Ein amerikanisches Delegationsmitglied erklärte am Donnerstagabend vor einem kleinen Kreis von Journalisten sinngemäß: Fortschritte seien gewiss in der stark veränderten Art, miteinander zu sprechen, erzielt. Vielleicht hält sich dieses gute Klima auch. Aber der eigentlichen Nachweis für die Dauerhaftigkeit des Wandels würden doch erst die von jedem gefühlsmäßigen Rankenwerk freier, sachlich nüchternen Beratungen der Außenminister über die Verwirklichung der jetzt beschlossenen Richtlinien erbringen können.

Bleibt Bonn im Schmollwinkel?

Ein begrüßenswerter Beschluß der Österreichischen
Sozialisten

sp - Erst im Herbst werden die österreichischen Durchführungsgesetze zu den Staatsvertragsbestimmungen über das deutsche Eigentum dem Wiener Parlament vorgelegt werden. Das ist gut so. Die Zwischenzeit gibt reichlich Möglichkeiten, im Geiste gegenseitigen Verständnisses die Abrechnung zwischen der Bundesrepublik und der Republik Österreich durch Gegenüberstellung und Diskussion der beiderseitigen Leistungen und Ansprüche klarzustellen. Das darf aber nicht in jenem Geist der Arroganz und provozierender Rechthaberei geschehen, wie er aus einem Artikel des "Handelsblatt" spricht, der die österreichische Gegenforderung mit der Feststellung einfach abtut:

"Alle derartigen Rechnungen mußten schon daran scheitern, dass nach 1938 infolge der radikalen Beseitigung der 30 % Arbeitslosigkeit das österreichische Bruttonationalprodukt bedeutend zugenommen hat."

Die vom Dritten Reich auch in Österreich durchgeführte Beseitigung der Arbeitslosigkeit erfolgte - wie allgemein bekannt - als Teil der Kriegsvorbereitungen, der Umstellung der österreichischen Friedenswirtschaft auf die nationalsozialistische Kriegswirtschaft; die Arbeitslosen verschwanden von der Straße, um den Soldaten Platz zu machen, von denen Österreich einige Hunderttausende verlor. Diese Art der Steigerung seines Bruttonationalproduktes hatte Österreich mit Blut und Tränen, mit Not und Elend und mit zehnjähriger Besatzung zu bezahlen. Daraus eine besondere Berechtigung der Eigentumsansprüche der Konzerngewaltigen von Rhein und Ruhr abzuleiten, heißt den Österreichern noch zu ihren vergangenen Leiden den Hohn hinzufügen.

Ein solcher Geist, sollte er Pate sein bei den zukünftigen deutsch-österreichischen Verhandlungen, wird sich als ein unüberwindlicher Sperrblock für die so notwendige und im gegenseitigen Interesse liegende Bereinigung der aus dem Staatsvertrag für beide Staaten entstandenen Probleme erweisen. Wie würdig und einsichtsvoll

heben sich von solcher provozierenden Haltung die Erklärungen der deutschen Sozialdemokraten und der österreichischen Sozialisten ab. Die österreichischen Sozialisten billigten den Standpunkt der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, dass der Schutz des Privateigentums in den politischen und kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Völkern eine unumstößliche Forderung des Völkerrechts ist und nicht von den jeweiligen Machtverhältnissen abhängen darf. Sie werden bei der kommenden gesetzlichen Regelung des deutschen Eigentums das aus der historischen Verflechtung hervorgegangene bäuerliche und andere Eigentum in den Grenzbezirken besonders berücksichtigen, wie sie auch die Auffassung teilen, dass der Staatsvertrag auch den Staatsbürgern der Republik Österreich Verzicht auf privatrechtliche Forderungen gegenüber dem Deutschen Reich auferlegt.

Das sind Grundsätze, deren großzügige und wohlwollende Ausnutzung sicherlich zur Entgiftung der Atmosphäre beitragen werden, wenn - ja wenn auch das offizielle Bonn das Seine tut, doch immer steht das offizielle Bonn im Schmollwinkel, so hat den beurlaubten Leiter der deutschen Wirtschaftsmission in Österreich, den Gesandten Dr. Müller Graf, noch nicht nach Wien zurückgerufen, so dass in diesen entscheidenden Wochen ein offiziell bevollmächtigter Vertreter in Wien fehlt. Will die Bundesrepublik ausgerechnet in ihrem Verhältnis zu unserem südlichen Nachbarn den starken Mann spielen?

* * *

Der schwarze Peter - in Mürren abgegeben

Wir lesen in der "T a t"

Von westdeutscher Seite in Genf wurde mit einer gewissen Genugtuung behauptet, die Westmächte hätten ausgezeichnet manövriert, und es sei ihnen überzeugend gelungen, den Russen in der deutschen Frage den "schwarzen Peter" in die Hand zu spielen. Dazu wären immerhin einige dringend notwendige korrigierende Bemerkungen zu machen. Von sowjetrussischer Seite ist stets gesagt worden, dass die Integration Deutschlands in die NATO und in die Westeuropäische Union die Wiedervereinigung des Landes verunmögliche. Wer dennoch darauf rechnete, dass in Genf nun die Wiedervereinigung Deutschlands ermöglicht werden könnte, ging also schon von vornherein von der Voraussetzung aus, dass die sowjetischen Staatsmänner bloss blufften. Wenn sich nun zeigt, dass sie nicht blufften, sondern sich genau so verhalten, wie sie es vorher ankündigten, dann kann man nicht gut davon reden, es sei ihnen der "schwarze Peter" zugeschoben worden. Viel eher wird man sich nun daran erinnern müssen, wer stets behauptet hat, die Integration Westdeutschlands in die NATO und in die Westeuropäische Union werde erst die Voraussetzung für die Wiedervereinigung Deutschlands schaffen und diese befördern. Das war die Bonner Regierung, vielleicht wäre es historisch und sachlich... zu sagen, der "schwarze Peter"... sei nun in Mürren abgegeben worden.

* * *

Raststätten an den Bundesautobahnen

Von H.G. Ritzel, M.d.B.

In einigen Bezirken der Bundesrepublik war vor kurzem eine Diskussion über die Zweckmäßigkeit von Raststätten an den Autobahnen im Gange. Diese Diskussion brachte vor allem die Sorge zum Ausdruck, dass den Besitzern von Gaststätten in Gemeinden, die in der Nähe von Autobahnen liegen, eine Konkurrenz zugemutet werde, die sie in ihren Interessen zu schädigen vermöchte.

Der Aufsichtsrat der Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen m.B.H. hat vor kurzem einen Beschluß gefasst, der sich mit dieser Besorgnis auseinandersetzt. Der Beschluß lautet:

"Der Aufsichtsrat ist der Auffassung, dass der bisher bereits verfolgten Linie einer Berücksichtigung der Interessen der Fernlastfahrer auf den Bundesautobahnen verstärkt Rechnung getragen werden muß. Die Ausgestaltung und Ausstattung der Raststätten soll diesen primären Gesichtspunkt berücksichtigen. Zukünftige Planungen sollen bevorzugt hierauf abgestellt werden. Die Beachtung dieses Grundsatzes schließt nach Meinung des Aufsichtsrates auch die Belange der übrigen Verkehrsteilnehmer in voll ausreichendem Maße ein, ohne indessen in die Einflusssphäre des städtischen Gaststättengewerbes einzugreifen, was nicht Aufgabe der Nebenbetriebe an den Bundesautobahnen sein kann."

Die Gaststätten an den Bundesautobahnen werden von einer Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen m.B.H. in Bonn errichtet und durch Verpachtung betrieben. Die Bauten werden mit langjährigen Darlehn finanziert. Die Planung, das Bauprogramm und die Bau durchführung liegen beim Bund und bei den Ländern als Auftragsverwaltung. Die Gesellschaft für Nebenbetriebe hat bisher 22 neue Tankstellen und 20 neue Raststätten in Betrieb genommen, so dass mit den bis dahin bereits vorhandenen Tankstellen und Raststätten nunmehr im ganzen 89 Tankstellen und 60 Raststätten den Autobahnbenutzern zur Verfügung stehen. Die 42 neuen Nebenbetriebe konnten bis zu 90 % mit Fremddarlehen finanziert werden.

Das Fernstraßengesetz bestimmt grundsätzlich, dass der Betrieb der Tankstellen und Raststätten nicht in eigener Regie der Gesellschaft für Nebenbetriebe zu erfolgen hat, sondern dass diese Nebenbetriebe zu verpachten sind, soweit einer Verpachtung nicht öffent-

liche Interessen oder besondere betriebliche Gründe entgegenstehen. Damit wird eine große Zahl selbständiger Existenzen begründet, denn die Tankstellen bieten geeigneten Fachleuten ebenso die Möglichkeit zur Schaffung einer Existenz wie die Gasthäuser und Hotels für richtige Fachleute der Hotelbranche eine solche Chance gewähren. Die Nebenbetriebe unterliegen den gewerblichen Vorschriften und genießen keine Sonderrechte, insbesondere auch keine steuerlichen Vorteile. Lediglich die Polizeistunde kann durch Rechtsverordnung des Bundesministers für Verkehr so geregelt werden, dass die Versorgung der Verkehrsteilnehmer jederzeit erfolgt und gesichert wird.

Die Grundsätze des Bundesministeriums für Verkehr bestimmen in Bezug auf diese Nebenbetriebe ausdrücklich, dass sie lediglich Versorgungsstützpunkte an den Bundesautobahnen sind, deren Schaffung bei dem heutigen Stand der Verkehrsentwicklung als eine Aufgabe der staatlichen Vorsorge und damit als eine Aufgabe des Trägers der Straßenausbaukosten angesehen werden muß. Die Verkehrsteilnehmer, insbesondere die Fernlastfahrer, sollen die Autobahnen zum Rasten und Tanken nicht verlassen müssen. Man stelle sich einmal vor, Fernfahrer müßten zur Betreuung ihrer Fahrzeuge, zum Tanken und zur Einnahme von Mahlzeiten, die Autobahn verlassen und der ganze Strom der Verkehrsfahrzeuge, der doch unablässig über die Autobahn geht, würde die Verkehrsichte in den in Frage kommenden Städten, zu denen ja allein Zu- und Abfahrten der Autobahnen führen, und damit die dortige Wirrnis im Verkehr durch Tanken und Parkieren noch vermehren. Eine Woche Erfahrungen diesem Art würde zu dem Ruf nach Schaffung derartiger Tank- und Raststätten an den Autobahnen führen.

Durch die Tatsache, dass die Gesellschaft für Nebenbetriebe an den Autobahnen die Kosten für die oft sehr kostspielige Zuführung von Strom, Wasser usw. übernimmt, dass sie auch die nicht billigen Parkplätze an den Raststätten zu finanzieren hat, während andererseits der Betrieb der Raststätten und Tankstellen geeigneten Bewerbern verpachtet wird, ist die zweckmäßigste Lösung geschaffen, die im Interesse der Allgemeinheit notwendig ist. Daran ändert auch nichts die Tatsache, dass in manchen Raststätten Übernachtungsgelegenheiten geschaffen wurden. Die deutsche Hotellerie wird angesichts der steigenden Motorisierung und der Entwicklung des Fremdenverkehrs davon keinen wirklichen Nachteil haben.

Nur neue Uniformen?

FB. Der Bundesrat hat mit Mehrheit, ebenso wie der Bundestag, gegen den Widerstand der SPD das Freiwilligengesetz beschlossen. Der Bundespräsident wird das Gesetz in wenigen Tagen unterzeichnen, die Bundesregierung es verkünden, der Personalgutachterausschuss seine Tätigkeit aufnehmen, so dass der Tag absehbar ist, an dem die ersten Soldaten die Kasernentore passieren und die Kasernenhöfe kennenlernen werden.

Ohne Frage brauchen diese neuen Soldaten Uniformen, und kein Wort darüber, dass die Öffentlichkeit ein Recht hat, über die Presse in Wort und Bild über diese neuen Uniformen unterrichtet zu werden. Nach der Bonner Militär-Modenschau kann man dem Bundesverteidigungsministerium sogar technisch bescheinigen, dass die neuen Uniformen zum grössten Teil den Erfordernissen der Zweckmässigkeit entsprechen, mancher Zopf gefallen ist und das "Lametta" zum Glück recht sparsam verwandt wird.

Politisch aber ist diese Modenschau an diesem Tage ein Mißgriff gewesen, wie man gröber ihn sich nicht vorstellen kann. Morgen wird es kaum eine deutsche Zeitung geben, die nicht auf der ersten Seite in grossen Bildern diese neuen Errungenschaften der Bundesrepublik zeigt. Nicht viel anders wird es im Ausland sein, denn an dem Tage, an dem in Genf die Viermächtekonferenz zu Ende geht, die Entspannung und Abrüstung in den Debatten zum Kerninhalt hatte, wird in aufreizender Weise der neue bundesrepublikanische Soldat präsentiert.

Warum konnte man nicht wenigstens ein paar Tage warten? Und so entsteht die Frage, ob dieser Termin nur einer technischen Zufälligkeit entsprang, oder ob die Bundesregierung diese politische Demonstration wollte. Man kann ohne Zögern das Letztere bejahen, die Bundesregierung wollte diesen Effekt, um offensichtlich den grossen Vier in Genf - und nicht nur den Sowjets - zu zeigen, dass die Lawine rollt und nicht mehr aufzuhalten ist.

Dabei haben gerade diese Genfer Besprechungen gezeigt, wie wenig wir den Sowjets und, zur grössten Bestürzung des Bundeskanzlers, zum Teil auch den Westmächten imponieren können, wenn die Bundesrepublik die vollendeten Tatsachen in so penetranter Weise immer in den Blickpunkt der Öffentlichkeit stellt. Wie gequält klingen doch alle

22.7.1955

Kommentare aus dem Regierungslager, die jetzt von Geduld und Abwarten und langen Zeitperioden sprechen, nachdem es der Kanzler selber war, der nach der Ratifizierung der Verträge die Wiedervereinigung zu einem Zeitpunkt versprach, der schneller kommen würde, als "die Opposition es sich in ihrer Phantasie vorstellen" könnte. Alles das ist in Genf ad absurdum geführt worden.

In diesem Zusammenhang ist die Bonner Militär-Modenschau zu sehen. Sie war ein Akt der Demonstration, der zeigen soll, dass die Kanzlerpolitik nicht gewillt ist, Konsequenzen aus den Genfer Verhandlungen zu ziehen, sondern stur und eingleisig die bisherige Politik weiterverfolgen will. In Bonner Bundeshaus wurden nicht nur neue Uniformen gezeigt, die Veranstaltung gerade an diesem Tage ist ein Symbol dafür, dass alles beim schlechten Alten bleiben soll.

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler

SPD-Pressedienst
P/X/166

22.7.1955

Kommuniqué des Parteivorstandes
=====

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei nahm in seiner Sitzung vom 21. Juli einen Zwischenbericht seines Mitgliedes, Abg. Herbert Wehner, über die Genfer Viermächte-Konferenz entgegen. Anschließend erläuterten Erich Ollenhauer, Fritz Heine, Herbert Wehner und Herta Gotthelf Vorlauf und Ergebnisse der Tagung der Sozialistischen Internationale in London. Die Entscheidung der Bundestagefraktion zum Personalgutachter-Ausschuss und zum Organisations-Gesetz für Streitkräfte der Bundesrepublik fand nach einem eingehenden Bericht vor Erich Ollenhauer die Billigung des Parteivorstandes. Zu Beginn der Sitzung widmete der Parteivorsitzende den verstorbenen früheren Vorsitzenden der holländischen Bruderpartei, Koos V o r r i n k, einen herzlichen Nachruf.

* * *